

GR/037/2021

Verhandlungsschrift

über die Sitzung des Gemeinderates der Gemeinde Tarsdorf.

Sitzungstermin: Donnerstag, den 27.05.2021
Sitzungsbeginn: 19:30 Uhr
Sitzungsende: 20:35 Uhr
Tagungsort: Sitzungssaal

Anwesend sind:

Vizebürgermeister

Sigl Rudolf ÖVP

Mitglieder

Riess Siegfried ÖVP

Graf Maria ÖVP

Scharinger Manuel ÖVP

Leitner Robert ÖVP

Hager Franz, Ing. ÖVP

Ebner Gerlinde ÖVP

Schuster Norbert ÖVP

Wallnigg Heinz ÖVP

Sommerauer Andrea ÖVP

Schwaighofer Johanna ÖVP

Pohler Wolfgang FPÖ

Sommerauer Alois FPÖ

Esterbauer Erich FPÖ

Kosel Maximilian FPÖ

Schuster Andreas FPÖ

Schmidhammer Norbert SPÖ

Sommerauer Monika SPÖ

Weilbuchner Josef SPÖ

Ersatzmitglieder

Schuster Johann ÖVP

Steiner Maria ÖVP

Denkmaier Walter SPÖ

Vertretung für Herrn Florian Galluseder
Vertretung für Herrn Engelbert Neubauer
Vertretung für Herrn Rüdiger Eder

Schriftführer

Esterbauer Josef

Es fehlen:

Bürgermeisterin

Holzner Andrea, Dipl.-Ing.

ÖVP

entschuldigt, am 26.05.2021

Mitglieder

Neubauer Engelbert

ÖVP

entschuldigt, am 25.05.2021

Galluseder Florian

ÖVP

entschuldigt, am 17.05.2021

Forsthofer Erich

FPÖ

entschuldigt, am 26.05.2021

Parstorfer Stefanie

FPÖ

entschuldigt, am 27.05.2021

Eder Rüdiger

SPÖ

entschuldigt, am 27.05.2021

Der Schriftführer (§ 54 Abs. 2 OÖ. GemO 1990): Josef Esterbauer

Vzbgm. Rudolf Sigl eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass

- a) die Sitzung von Bgm. Andrea Holzner einberufen wurde.
- b) die Sitzungseinladung mit der Tagesordnung wurde den Mitgliedern des Gemeinderates zeitgerecht am 12.05.2021 nachweislich übermittelt.
- c) die Beschlussfähigkeit gegeben ist und dass die Verhandlungsschrift über die Sitzung des Gemeinderates vom 25.03.2021 bis zur heutigen Sitzung während der Amtsstunden im Gemeindeamt zur Einsichtnahme aufgelegt ist, während der Sitzung noch zur Einsichtnahme aufliegt und gegen diese Verhandlungsschrift bis Sitzungsschluss Einwendungen vorgebracht werden können.

Den Vorsitz führt Vzbgm. Rudolf Sigl.

Tagesordnung:

1. Bericht der Prüfungsausschusssitzung vom 30.03.2021
2. Entscheidung über die Schaffung einer vierten Kindergartengruppe und Beauftragung der erforderlichen baulichen Maßnahmen und der Einrichtung;
3. Infrastrukturkostenvereinbarung zur Flächenwidmungsplan-Änderung Nr. 4.15;
4. Flächenwidmungsplanänderung Nr. 4.15 - Beurteilung der Stellungnahmen und Beschlussfassung;
5. Flächenwidmungsplanänderung Nr. 4.17 - Beurteilung der Stellungnahmen und Beschlussfassung;
6. Schlussvermessung der Schottergrubenstraße - Widmung zum Gemeingebrauch bzw. Aufhebung aus dem Gemeingebrauch und Durchführung nach §§ 15 ff Liegenschaftsteilungsgesetz;
7. Antrag der FPÖ-Fraktion gem. § 46 Abs. 2 OÖ GemO - Ausstieg aus dem Wirtschaftspark INKOBA Braunau;
8. Bericht der Bürgermeisterin;
9. Allfälliges;

Protokoll:

1.	Bericht der Prüfungsausschusssitzung vom 30.03.2021
-----------	--

Über Ersuchen des Vorsitzenden Vzbgm. Rudolf Sigl verliest GR Erich Esterbauer (Prüfungsausschussobmann) den gegenständlichen Prüfungsbericht im vollen Inhalt.

Wechselrede:

Keine Wortmeldungen;

2.	Entscheidung über die Schaffung einer vierten Kindergartengruppe und Beauftragung der erforderlichen baulichen Maßnahmen und der Einrichtung;
-----------	--

Berichterstattung:

Vzbgm. Rudolf Sigl verweist auf die durchgeführte Bedarfsprüfung durch die Bildungsdirektion Oberösterreich. Demnach wurde der Bedarf einer vierten Gruppe aufgrund der notwendigen Senkung der erlaubten Kinderhöchstzahl durch die Integrationsgruppe sowie der alterserweiterten Gruppe mit U3-Kindern festgestellt. Es wurde auch ein Szenario über die Errichtung eines Waldkindergartens überprüft. Ebenso wurde bei den Nachbargemeinden hinsichtlich freier Plätze angefragt.

Damit ab Herbst der Bedarf gedeckt werden kann, hat man sich im Einvernehmen mit der Kindergartenleitung dafür entschieden, die vierte Gruppe in einem Containerprovisorium im Anschluss beim bestehenden Hauptgebäude unterzubringen. Die entsprechenden Planungen sowie Angebote liegen vor. Zu weiteren Details wird auf die Sitzungsunterlagen einschließlich des Amtsvortrages verwiesen. Die Entfernung der Lichtschächte für die Fahrzeughalle der Feuerwehr wurde mit der Feuerwehr abgesprochen.

Wechselrede:

GR Monika Sommerauer fragt nach, ob dieses Provisorium für nur drei Jahre oder länger vorgesehen ist.

Vzbgm. Rudolf Sigl erklärt, dass der Bedarf für die nächsten drei Jahre aufgrund der Bedarfsprüfung festgestellt worden ist. Sollte sich das Erfordernis einer vierten Gruppe nachhaltig herausstellen, so wäre die Planung eines Neubaus anzudenken.

Nachdem die erforderliche Größe der Spielplatzfläche für vier Gruppen (500 m² je Gruppe) am bestehenden Standort nicht möglich ist, ist jedenfalls nur ein Provisorium genehmigungsfähig.

GV Alois Sommerauer fragt hinsichtlich der Möglichkeit einer Bodenheizung nach. Wie in der Folie eingeblendet, wäre eine Bodenheizung auf bestehendem Heizsystem möglich. Hier wäre laut einer groben Schätzung mit Kosten von ca. € 8.000,- bis € 9.000,- zu rechnen.

GV Wolfgang Pohler plädiert dafür, jedenfalls eine Bodenheizung vorzusehen, da man weiß, dass eine elektrische Beheizung sehr teuer kommt.

Vzbgm. Rudolf Sigl spricht an, dass von der Fa. Containex optional auch eine Splitklimaanlage angeboten worden ist.

GR Franz Hager plädiert dafür, eher eine solche Splitklimaanlage für Heizen und Kühlen im Gruppenraum vorzusehen.

GR Heinz Wallnigg äußert seine Bedenken hinsichtlich einer Bodenheizung. Der Bodenaufbau könnte eine Sonderanfertigung der Container erfordern und dies würde sicherlich längere Lieferzeiten bedeuten.

GR Norbert Schuster fragt hinsichtlich des Stromanschlusses nach. Hier soll rechtzeitig Vorsorge getroffen werden. Festzustellen ist, dass die Haustechnik in der Kostenschätzung der Fa. Ofenmacher enthalten ist.

Vzbgm. Rudolf Sigl verweist darauf, dass auch für eine Containerüberdachung mit Wandspalieren ein entsprechendes Angebot eingeholt wurde. Hier handelt es sich um Kosten von rund € 22.400,00. Er ist jedoch der Ansicht, dass die Überdachung mit Wandspalieren vorläufig noch zurückgestellt werden soll. Dafür sollte eher die Splitklimaanlage beauftragt werden.

GR Monika Sommerauer und GR Andrea Sommerauer sprechen sich für die zusätzliche Beauftragung einer Containerüberdachung und der Wandspaliere aus.

Vzbgm. Rudolf Sigl macht den Vorschlag, zunächst über die Hauptbeauftragung abzustimmen und er stellt den

A n t r a g,

der Gemeinderat möge den Bedarf der Inbetriebnahme einer vierten Kindergartengruppen bestätigen.

Dazu soll im Anschluss an das Hauptgebäude ein Containerprovisorium entsprechend dem vorliegenden Entwurfsplan der Fa. Ofenmacher vom 17.05.2021 errichtet werden.

Folgende Aufträge werden vergeben:

1. Containerankauf entsprechend dem Angebot der Fa. CONTAINEX vom 25.05.2021

Auftragnehmer: **CONTAINEX Container-Handelsgesellschaft m.b.H., 2355 Wiener Neudorf**

Auftragssumme: **€ 51.700,--**

2. Vorbereitende bauliche Maßnahmen und Verbindungsgang lt. Angebot der Fa. Ofenmacher vom 27.05.2021

Auftragnehmer: **Fa. Ofenmacher, 5122 Hochburg-Ach**

Auftragssumme: **€ 39.935,72**

3. Einrichtung laut Angebot der Fa. Schmiderer & Schendl vom 17.0.2021

Auftragnehmer: **Fa. Schmiderer & Schendl, 4941 Mehrnbach**

Auftragssumme: **€ 17.517,41**

Abstimmungsergebnis (Abstimmung per Akklamation):

Einstimmig;

DAFÜR	DAGEGEN
21	0

(GV Siegfried Riess hat aus Gründen der Befangenheit an der Abstimmung nicht teilgenommen.)

3.	Infrastrukturkostenvereinbarung zur Flächenwidmungsplan-Änderung Nr. 4.15;
-----------	---

Berichterstattung:

Der Vorsitzende Vzbgm. Rudolf Sigl verweist darauf, dass zur Flächenwidmungsplanänderung eine Infrastrukturkostenvereinbarung hinsichtlich der Übernahme von Infrastruktur- und Planungskosten sowie der Sicherstellung einer zeitgerechten widmungsgemäßen Bebauung abgeschlossen werden soll.

Wechselrede:

In der Sitzung des Gemeindevorstandes wurde eine Verkürzung der Bauverpflichtung vorgeschlagen.

Die Gemeinderatsmitglieder sprechen sich einhellig für eine Verkürzung auf sieben Jahre aus.

Nach kurzer Beratung stellt Vzbgm. Rudolf Sigl den

A n t r a g,

der Gemeinderat möge die vorliegende Infrastrukturkosten- und Nutzungsvereinbarung beschließen (**Anlage 2**).

Die Bauverpflichtung soll von zehn auf sieben Jahre geändert werden.

Abstimmungsergebnis (Abstimmung per Akklamation):

Einstimmig;

DAFÜR	DAGEGEN
22	0

4.	Flächenwidmungsplanänderung Nr. 4.15 - Beurteilung der Stellungnahmen und Beschlussfassung;
-----------	--

Berichterstattung:

Vzbgm. Rudolf Sigl berichtet, dass der Grundsatzbeschluss zur Umwidmung im Gemeinderat bereits am 25.03.2021 beschlossen worden ist. Beim Stellungnahmeverfahren wurden

von den Betroffenen keine Einwendungen vorgebracht. Im Übrigen wird auf die Sitzungsunterlagen verwiesen.

Wechselrede:

Keine Wortmeldungen;

Vzbgm. Rudolf Sigl stellt den

A n t r a g,

der Gemeinderat möge die Flächenwidmungsplanänderung Nr. 4.15 entsprechend den vorliegenden Planunterlagen beschließen.

Abstimmungsergebnis (Abstimmung per Akklamation):

Einstimmig;

DAFÜR	DAGEGEN
22	0

5.	Flächenwidmungsplanänderung Nr. 4.17 - Beurteilung der Stellungnahmen und Beschlussfassung;
----	--

Berichterstattung:

Vzbgm. Rudolf Sigl verweist auf den Grundsatzbeschluss des Gemeinderates vom 25.03.2021. Beim durchgeführten Stellungnahmeverfahren wurden von den Betroffenen keine Einwendungen eingebracht.

Wechselrede:

Keine Wortmeldungen;

Vzbgm. Rudolf Sigl stellt den

A n t r a g,

der Gemeinderat möge die Flächenwidmungsplanänderung Nr. 4.17 entsprechend den vorliegenden Planunterlagen beschließen.

Abstimmungsergebnis (Abstimmung per Akklamation):

Einstimmig;

DAFÜR	DAGEGEN
22	0

6.	Schlussvermessung der Schottergrubenstraße - Widmung zum Gemeindegebrauch bzw. Aufhebung aus dem Gemeindegebrauch und Durchführung nach §§ 15 ff Liegenschaftsteilungsgesetz;
----	--

Berichterstattung:

Vzbgm. Rudolf Sigl verweist darauf, dass die Verbreiterung der Schottergrubenstraße abgeschlossen ist und die Schlussvermessung vorliegt. Entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen ist die Veränderung des öffentlichen Gutes vom Gemeinderat zu beschließen.

Wechselrede:

GR Monika Sommerauer stellt die Frage, ob mit Herrn Klinger diesbezüglich ein Einvernehmen hergestellt werden konnte. Dazu wird festgestellt, dass von Herrn Klinger aufgrund der durchgeführten Verbreiterung keine Grundbeanspruchung mehr notwendig ist. Weiters wurde mit den betroffenen Grundeigentümern einvernehmlich festgelegt, dass ein Rückbau der kleineren Asphaltbereiche, welche auf Privatgrund zu liegen kommen, nicht durchgeführt und der Asphaltbelag geduldet wird.

Vzbgm. Rudolf Sigl stellt den

A n t r a g,

der Gemeinderat der Gemeinde Tarsdorf möge die im vorliegenden Vermessungsplan der Geometer BRUNNER ZT-GmbH, GZ: 19668-TP, vom 12.04.2021, enthaltenen Zuschreibungen zum Gemeindeeigentum gemäß der Oö. Gemeindeordnung beschließen und die Widmung zum Gemeindegebrauch bestätigen. Ebenso wolle die Unterzeichnung des Antrages auf Veranlassung zur grundbücherlichen Durchführung nach den Sonderbestimmungen §§ 15 ff Liegenschaftsteilungsgesetz laut dem zitierten Teilungsplan samt der Grundabtretungserklärung von Herrn und Frau Priller Peter und Heide, wohnhaft Eckldorf 28, vom 12.10.2020, beschlossen werden.

Abstimmungsergebnis (Abstimmung per Akklamation):

Einstimmig;

DAFÜR	DAGEGEN
22	0

7.	Antrag der FPÖ-Fraktion gem. § 46 Abs. 2 OÖ GemO - Ausstieg aus dem Wirtschaftspark INKOBA Braunau;
----	--

Berichterstattung:

Vzbgm. Rudolf Sigl verweist auf den vorliegenden Antrag der FPÖ-Fraktion und ersucht GV Wolfgang Pohler um Berichterstattung.

GV Wolfgang Pohler erklärt, dass beim Wirtschaftspark zunächst über 100 ha an Betriebsflächen eingebracht worden sind. Dabei wurde festgestellt, dass aber nur auf einen kleinen Teil dieser Fläche zugegriffen werden kann. Dies betrifft vor allem Flächen in der Gemeinde Schalchen sowie in der Gemeinde Ostermiething. Beim Projekt Schalchen, welches zunächst über den Wirtschaftspark gelaufen ist, hat sich herausgestellt, dass nunmehr die Gemeinde Schalchen diese Betriebsfläche selber verwertet und somit nicht als

Kooperationsprojekt abgewickelt wird. Somit verbleibt nur mehr die Gewerbefläche in Ostermiething. Hier bestehen Bedenken hinsichtlich der hohen Aufschließungskosten aufgrund der schlechten Bodenqualität.

Das Beispiel Schalchen hat vor allem gezeigt, dass manche Gemeinden an einer Verwertung im Sinne der INKOBA (interkommunalen Betriebsansiedelung) nicht wirklich interessiert sind. Auch Bürgermeister Waidbacher aus Braunau hat jüngst geäußert, dass es mit dem Wirtschaftspark so nicht weiter gehen kann.

GV Wolfgang Pohler plädiert daher für einen Austritt ab 01.01.2022.

Wechselrede:

Vzbgm. Rudolf Sigl hält dazu fest, dass die Grundidee der INKOBA seiner Meinung nach nicht schlecht ist. Er macht den Vorschlag, die nächsten Schritte hinsichtlich der Standortentwicklung noch abzuwarten und die Angelegenheit zu vertagen. Zudem müsse mit dem Wirtschaftspark im Vorfeld ein mögliches Ausstiegsszenario abgeklärt werden.

GV Norbert Schmidhammer hält fest, dass z.B. die Gemeinde St. Radegund 2 ha Betriebsbaugelände für sich alleine aufschließt. Mit ähnlichen Beispielen wird sich der Wirtschaftspark daher ad absurdum führen. Denn wenn nicht alle Mitgliedsgemeinden zur Einbringung entsprechend großer Flächen verpflichtet werden können, macht der Wirtschaftspark keinen Sinn. Wie am Beispiel Schalchen ersichtlich ist, kann es nicht sein, dass die Flächen zunächst eingebracht werden und schließlich von der Gemeinde selber verwertet werden.

GV Wolfgang Pohler bezeichnet den Wirtschaftspark als eine Art „Restverwertung“. Nach sechs Jahren bleibt für den Wirtschaftspark Braunau nur mehr die Betriebsfläche in Ostermiething über.

GR Franz Hager spricht sich ebenfalls dafür aus, zunächst das Ausstiegsszenario zu prüfen und die Angelegenheit vorerst zu vertagen. Er warnt davor, auszusteigen, ohne das Ausstiegsszenario zu kennen.

GV Wolfgang Pohler stellt den

A n t r a g,

der Gemeinderat möge den Beschluss fassen, beim Wirtschaftspark Braunau mit Wirkung vom 01.01.2022 auszusteigen.

GV Siegfried Riess stellt den

G e g e n a n t r a g a u f V e r t a g u n g.

Die die Angelegenheit soll in der ersten Sitzung im Herbst weiter behandelt werden.

Abstimmungsergebnis (Abstimmung per Akklamation):

DAFÜR			DAGEGEN		
1)	Vzbgm. Rudolf Sigl	ÖVP	1)	GV Wolfgang Pohler	FPÖ
2)	GV Siegfried Riess	ÖVP	2)	GV Alois Sommerauer	FPÖ
3)	GR Maria Graf	ÖVP	3)	GR Erich Esterbauer	FPÖ
4)	GR Manuel Scharinger	ÖVP	4)	GR Maximilian Kosel	FPÖ
5)	GR Robert Leitner	ÖVP	5)	GR Andreas Schuster	FPÖ
6)	GR Franz Hager	ÖVP	6)	GV Norbert Schmidhammer	SPÖ

7)	GR Gerlinde Ebner	ÖVP	7)	GR Monika Sommerauer	SPÖ
8)	GR Norbert Schuster	ÖVP	8)	GR Josef Weilbuchner	SPÖ
9)	GR Heinz Wallnigg	ÖVP	9)	EM Walter Denkmaier	SPÖ
10)	GR Andrea Sommerauer	ÖVP			
11)	GR Johanna Schwaighofer	ÖVP			
12)	EM Johann Schuster	ÖVP			
13)	EM Maria Steiner	ÖVP			
13			9		

8. Bericht der Bürgermeisterin;

- Trinkwasserversorgungskonzept
Das Trinkwasserversorgungskonzept ist fertig. Dazu wird am 16. Juni 2021 eine Informationsveranstaltung mit allen Genossenschaftsobleuten durchgeführt.
- Bauhofkooperation
Am 31.05.2021 findet eine Besichtigung des Bauhofs „DLZ 4 Sonnen“ in Höhnhart statt. Am 17. Juni wird ein Techniker der Landesregierung eine Stellungnahme zu den Standorten sowie zum Raumerfordernis erteilen.
- Personelles
In der letzten Gemeindevorstandssitzung wurden entsprechend den durchgeführten Stellenausschreibungen drei Kindergartenpädagoginnen und zwei Helferinnen eingestellt.
- Einweihung der Feuerwehrfahrzeuge
Vzbgm. Rudolf Sigl berichtet, dass die neuen Feuerwehrfahrzeuge (LFA Logistik und MTF) im Rahmen der Florianifeier eingeweiht worden sind und er bedankt sich in diesem Zusammenhang bei der Freiwilligen Feuerwehr Tarsdorf für die Gestaltung und den würdevollen Rahmen der Einweihung.
- Volleyballplatz
Die Landjugend hat bereits mit der Errichtung des Platzes begonnen. Die Schotterung ist bereits hergestellt.

9. Allfälliges;

- Volleyballplatz
Über Nachfrage von GR Monika Sommerauer wird festgestellt, dass der Volleyballplatz von der Landjugend gepflegt und erhalten wird.
- Zenzkapelle mit Kriegerdenkmal – Denkmalschutz
Über Nachfrage von GV Wolfgang Pohler wird festgestellt, dass die Zenzkapelle unter Denkmalschutz steht.
- Unbebaute Parzellen im Bereich des Neuen Dorfes
Über Nachfrage von GV Wolfgang Pohler wird festgestellt, dass für diese unbebaute Parzellen der Erhaltungsbeitrag bzw. die Bereitstellungsgebühr eingehoben wird.
- Der Vorsitzende stellt fest, dass gegen die während der Sitzung aufgelegene Verhandlungsschrift der letzten Sitzung vom 25. März 2021 keine Einwendungen eingebracht wurden.

.....
(Vorsitzender)

.....
(ÖVP- Fraktion)

.....
(FPÖ-Fraktion)

.....
(SPÖ-Fraktion)

.....
(Schriftführer)

Gegen vorstehende Verhandlungsschrift wurden
Tarsdorf, am

Einwendungen eingebracht.
Die Bürgermeisterin: